
Vorlagen vom 9. Juni 2024

Abstimmungsmonitor

Stromgesetz (Mantelerlass)

Prämien-Entlastungs-Initiative

Kostenbremse-Initiative

Stopp Impfpflicht-Initiative

Schlussbericht



Universität
Zürich^{UZH}

fög – Forschungszentrum
Öffentlichkeit und
Gesellschaft / Universität
Zürich

07.06.2024

Inhalt:

2 Überblick

5 Stromgesetz

7 Prämien-Initiative

8 Kostenbremse

10 Stopp-Impfpflicht

12 Methode

Der Abstimmungsmonitor des fög wurde Anfang 2013 erstmals lanciert und erfasst die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge im Vorfeld von eidgenössischen Volksabstimmungen. Der Abstimmungsmonitor wird aus eigenen Mitteln finanziert.

Überblick

Linards Udris

In der Schweizer Medienarena werden die vier nationalen Abstimmungsvorlagen vom Juni 2024 unterschiedlich stark thematisiert (Abb. 1). Das Stromgesetz und die Prämien-Entlastungs-Initiative erhalten leicht überdurchschnittliche und etwa ähnlich starke Resonanz, während die andere Gesundheits-Vorlage, die Kostenbremse-Initiative rund ein Viertel weniger Aufmerksamkeit erfährt. Sehr wenig Resonanz hat die Stopp-Impfpflicht-Initiative.

Die Tonalität ist beim Stromgesetz im positiven Bereich (+14), während sie bei den beiden Gesundheits-Initiativen ambivalent bis leicht negativ ausfällt (-1 bzw. -7). Die Stopp-Impfpflicht-Initiative stösst auf etwas stärkere Ablehnung (-11).

Resonanz im Vergleich

Resonanzmässig ist bei der Volksabstimmung vom Juni 2024 keine Vorlage die «Zugpferd»-Vorlage. Das Stromgesetz und die Prämien-Entlastungs-Initiative erhalten ähnlich viel Resonanz und keine von beiden prägt die Medienagenda auch nur annähernd wie im Frühjahr die Initiative für eine 13. AHV-Rente.

Die beiden «Gesundheitsinitiativen» (Prämien- und Kostenbremse-Initiative) erfahren im Vergleich seit 2018 leicht überdurchschnittliche Resonanz (Basis: 50 Abstimmungsvorlagen). Gemessen daran, dass zum Beispiel laut [Credit Suisse Sorgenbarometer 2023](#) Gesundheitsfragen wie steigende Krankenkassenprämien die «Top-Sorge» der Schweizer:innen sind, fällt die Resonanz aber relativ verhalten aus.

Das Stromgesetz ist die dritte Abstimmung in drei Jahren im Bereich Klima und Energie. Der Vergleich zeigt, dass Klima- und Energiefragen in den letzten Jahren die Medienagenda mitgeprägt haben. Allerdings ist die Aufmerksamkeit für das Stromgesetz merklich geringer als für das Klimagesetz (2023) und vor allem für das CO₂-Gesetz (2021). Eine Vermutung ist, dass dieses Thema etwas «gesättigt» ist und die aktuelle Vorlage nicht mehr als gleich brisant empfunden wird – mit Ausnahme des Konflikts innerhalb der SVP, die sich in den Medien als gespalten erweist.

Ein bemerkenswerter Fall ist die Stopp-Impfpflicht-Initiative. Von allen seit Mitte 2018 erfassten Vorlagen ist sie diejenige, die mit Abstand am wenigsten Resonanz erhält. Die geringe Resonanz geht einher mit der Einschätzung in den Medien, dass die Initiative ein Problem aus einer scheinbar längst vergangenen Zeit aufgreift – «eine Initiative aus Corona-Zeiten» (20min.ch, 23.3.24), «rappelez-vous?» (Le Journal, 7.5.24). Die wahrgenommene geringe Relevanz und

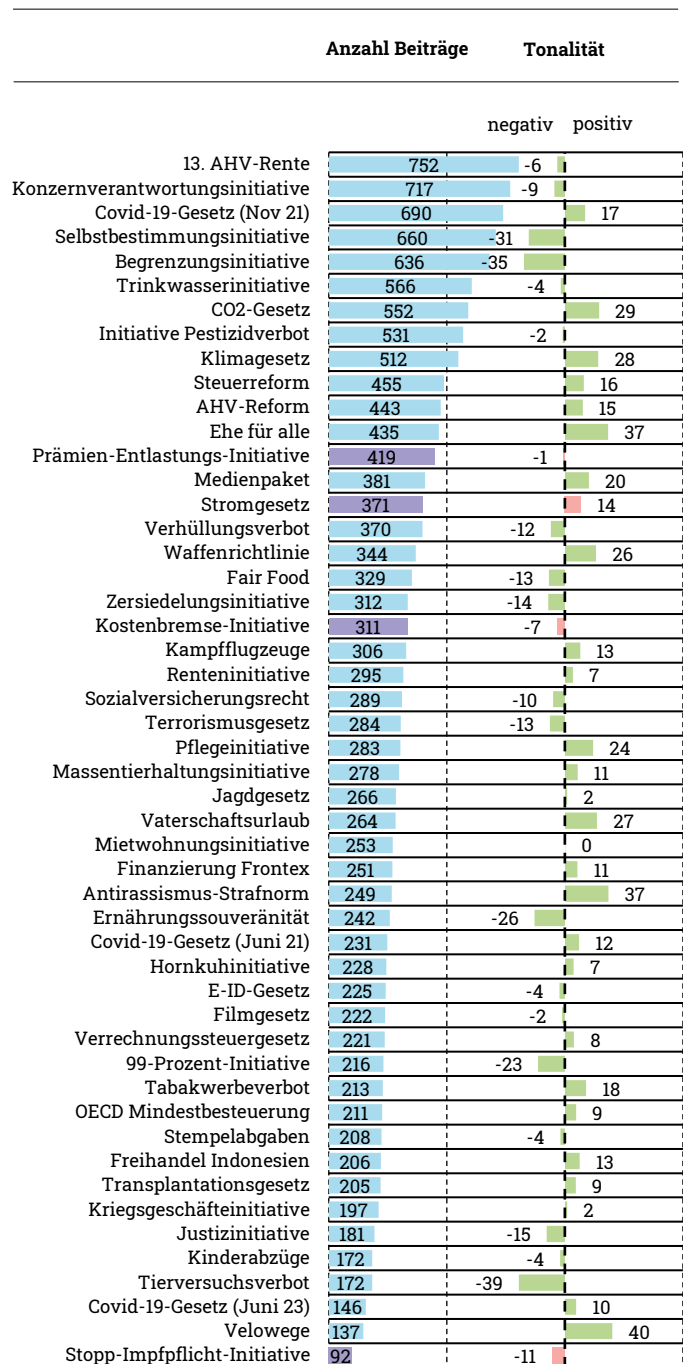


Abbildung 1: Resonanz und Tonalität

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge für die Abstimmungen vom 9. Juni 2024 im Vergleich mit allen anderen Volksabstimmungen seit September 2018. Erfasst wurden jeweils 9 Wochen im Abstimmungskampf. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n= 16'529 Beiträge).

Brisanz der Stopp-Impfpflicht-Initiative kontrastieren sehr stark mit der ausserordentlich hohen Beachtung des Covid-19-Gesetzes vom November 2021, mitten in der Corona-Pandemie, als die Frage nach der Impfung und Einschränkungen für Ungeimpfte (z.B. Zutrittsbeschränkungen für Restaurants) die Öffentlichkeit bewegte.

Dynamik der Medienresonanz

Die Dynamik der Medienresonanz zeigt bei den vier Vorlagen ein ziemlich typisches Muster (Abb. 2). Die Resonanz nimmt tendenziell im Laufe des Abstimmungskampfes zu. Dies spricht dafür, dass die Kampagnen in «geordneten Bahnen» verlaufen und keine ausserordentlichen Ereignisse, Skandale und Enthüllungen die Medienberichterstattung prägen. Die zu Beginn des Abstimmungskampfes oft geäusserte Frage, ob die Linke mit der Prämien-Entlastungs-Initiative ihren «historischen» Erfolg (Zustimmung zur Initiative für eine 13. AHV-Rente) wiederholen könnte, verstärkt vermutlich die Resonanz für diese Initiative, treibt die Berichterstattung aber nicht substantiell voran.

Anzahl Beiträge pro Woche

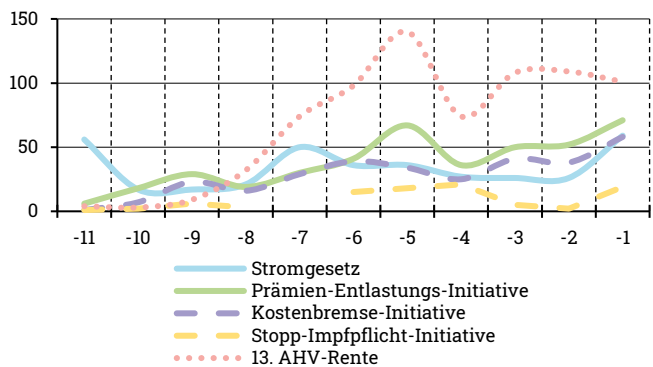


Abbildung 2: Resonanz im Zeitverlauf

Die Abbildung zeigt pro Woche die Medienresonanz der vier Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni 2024 und zum Vergleich die Medienresonanz der Initiative für eine 13. AHV-Rente vom 3. März 2024 (n= 1'945 Beiträge).

Ebenfalls nimmt die Resonanz bei den aktuellen Vorlagen insgesamt relativ moderat zu – dies im Gegensatz zur Initiative für eine 13. AHV-Rente, bei der die Resonanz im Vorfeld viel deutlicher angestiegen war, u.a. wegen einer umstrittenen Intervention von Alt-Bundesrät:innen im Abstimmungskampf.

Die einzige leichte Abweichung von diesem Muster ist, dass das Stromgesetz bereits drei Monate vor Abstimmungsdatum kurzzeitig breite Resonanz erfährt. Dies liegt am offiziellen Kampagnen-Start des Bundesrats sowie an der Delegiertenversammlung der SVP, an der die Partei die Nein-Parole beschliesst und sich somit gegen ihren dort ebenfalls anwesenden Bundesrat, Albert Rösti, stellt. Bereits im Vorfeld «schauen alle gebannt auf die SVP» (Tamedia, 22.3.24). Dieser Konflikt ist denn auch verantwortlich dafür, dass die SVP insgesamt von allen Akteur:innen fast am meisten Resonanz erfährt (Abb. 6). Die Nein-Parole der SVP wird ausserdem als Indiz dafür interpretiert, dass die SVP statt einer «normalen» Regierungspartei nun «Fundamentalopposition» betreibt (z.B. Schweiz am Wochenende, 23.3.24).

Initiativen immer wieder im «Doppelpack»

Die beiden «Gesundheits-Initiativen» – Prämien-Entlastungs-Initiative und Kostenbremse-Initiative – werden auch wegen ihrer thematischen Ähnlichkeit immer wieder zusammen thematisiert. In 38% aller Beiträge spielen beide Initiativen gleichzeitig eine Rolle (Abb. 3). Kaum eine Verknüpfung wird zur Stopp-Impfpflicht-Initiative vorgenommen, obwohl Sozialministerin Elisabeth Baume-Schneider alle drei Initiativen als «gesundheitspolitische» Vorlagen anspricht.

Dass die Medien die Verknüpfung zwischen der Prämien-Entlastungs- und der Kostenbremse-Initiative machen, ist nicht selbstverständlich. Bei der Abstimmung vom Februar 2024 über die beiden «AHV»-Initiativen war es nämlich so, dass nur 23% aller Beiträge sowohl die Initiative für eine 13. AHV-Rente als auch die Renteninitiative zusammen thematisierten. Eine Gesamtschau der Altersvorsorge und eine thematische Abwägung der verschiedenen Möglichkeiten des Stimmentscheids (z.B. zweimal Ja oder zweimal Nein) wurden entsprechend nur sehr selten vorgenommen. Diesmal erscheinen solche Artikel öfter.

Gleichzeitig zeigt sich bei den «Gesundheits-Initiativen», dass die einzelnen Initiativen trotzdem auch eigenständig behandelt werden. Dies wird deutlich im Vergleich mit den «Agrar-Initiativen» vom Juni 2021. Damals wurden die Trinkwasser-Initiative und die Initiative für ein Pestizidverbot in 80% der Fälle gemeinsam thematisiert. Diese gleichzeitige Behandlung war damals auch Teil einer Strategie der Gegner, die Trinkwasser- und die Pestizid-Initiative als für die Landwirtschaft schädliche «Agrar-Initiativen» zu kritisieren und in einen Topf zu werfen. Manchmal waren es auch

Versuche der Medien, die Vorlagen miteinander zu vergleichen.

Kurz: Bei den aktuellen Vorlagen gibt es in den Medien sowohl eine Gesamtschau des Gesundheitssystems – und teilweise eine Kontrastierung der beiden Initiativen – als auch eine eigenständige Behandlung der zwei Initiativen, auch wenn die Kostenbremse-Initiative etwas im Schatten steht.

ist aber nicht ganz so negativ, vermutlich weil eine aktive Gegen-Kampagne fehlt.

Sprachregionale Unterschiede

Zwischen den grossen Sprachregionen gibt es in der Berichterstattung sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede (Abb. 4).

Der auffälligste Unterschied betrifft das Stromgesetz: Dieses erhält in den Medien der Deutschschweiz auch relativ gesehen viel mehr Resonanz (33% statt 27%). Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass die Deutschschweizer Medien sehr stark auf die SVP beziehungsweise auf den Konflikt innerhalb der SVP fokussieren. Dort ist die SVP fast der resonanzstärkste Akteur, während in den Medien der Suisse romande sowohl die Zivilgesellschaft als auch der Bundesrat mehr Resonanz als die SVP erhalten. Dafür aber erfährt das Stromgesetz in beiden Sprachregionen Zuspuch.

Bei der Prämien-Entlastungs-Initiative fällt die Tonalität in beiden Sprachregionen ambivalent aus, mit etwas mehr Kritik in der Deutschschweiz (-5) und etwas mehr Zustimmung in der Suisse romande (+7). Die Kostenbremse-Initiative stösst in der Suisse romande auf ähnlich viel Kritik (-8) wie in der Deutschschweiz (-6). Während die Stopp-Impfpflicht-Initiative in den Medien der Deutschschweiz überwiegend Kritik erfährt (-17), ist die Tonalität in den Medien der Suisse romande ambivalent (+3). Dass die Initiative in der Suisse romande nicht auf gleich viel Kritik stösst, hängt auch damit zusammen, dass dort die Gegen-Kampagne nicht wirklich sichtbar ist.

Anteil Beiträge

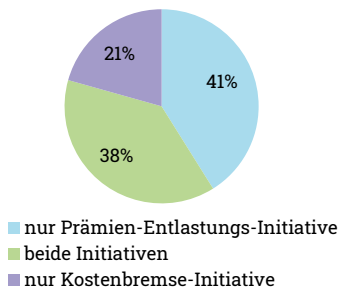


Abbildung 3: Art der Resonanz – «Gesundheits-Initiativen» vom 9. Juni 2024

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz für die Prämien-Entlastungs- und die Kostenbremse-Initiative – unterschieden danach, ob die Initiativen jeweils in einem Beitrag allein thematisiert werden oder beide zusammen (n = 528).

Tonalität im Vergleich

Bei der Tonalität gibt es eher typische Muster. Typisch ist nämlich, dass in den Medien Behördenvorlagen auf mehr Zuspuch stossen als Volksinitiativen. Das zeigt u.a. eine systematische Analyse von 44 Abstimmungen (2023). Entsprechend findet das Stromgesetz mehrheitlich Zuspuch (+14), während die Volksinitiativen stärker kontrovers behandelt werden (-1 bzw. -7) oder sogar mehrheitlich abgelehnt werden (-11) (Abb. 1).

Gleichzeitig ist es nicht untypisch, dass linke Initiativen auch gewissen Zuspuch erhalten. Die Tonalität bei der linken Prämien-Entlastungs-Initiative ist ambivalent (-1), d.h. Zuspuch und Ablehnung halten sich die Waage. Auch die Konzernverantwortungsinitiative (-9), Mietwohnungsinitiative (0) oder die gewerkschaftlich geprägte Pflegeinitiative (+24) waren nicht überwiegend auf Kritik gestossen.

Die Stopp-Impfpflicht-Initiative (-11) reiht sich punkto Tonalität in Volksinitiativen ein, die jeweils nur von wenigen Organisationen unterstützt wurden, z.B. das Tier- und Menschenversuchsverbot (-39) oder die Initiative für Ernährungssouveränität (-26). Die Tonalität

		Anzahl Beiträge		Tonalität	
				negativ	positiv
Deutschschweiz	Prämien-Entlastungs-Initiative	296		-5	
	Stromgesetz	280			13
	Kostenbremse-Initiative	211		-6	
	Stopp Impfpflicht-Initiative	63		-17	
Suisse romande	Prämien-Entlastungs-Initiative	123			7
	Kostenbremse-Initiative	100		-8	
	Stromgesetz	91			18
	Stopp Impfpflicht-Initiative	29			3

Abbildung 4: Resonanz und Tonalität in den Sprachregionen

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge für die Abstimmungen vom 9. Juni 2024 im Vergleich der beiden Sprachregionen. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n= 1'189 Beiträge).

Stromgesetz

Das Stromgesetz ist bei rund einem Viertel der untersuchten Medien die meistthematisierte Vorlage der Volksabstimmung vom 9. Juni 2024. Einen Fokus auf das Stromgesetz legen – im Vergleich zu den anderen Vorlagen – neben SRF auch die Titel von CH Media aargauerzeitung.ch und luzernerzeitung.ch und vor allem die Weltwoche. Generell viel berichten die Titel der Tamedia-Mantelredaktion in der Deutschschweiz wie bernerzeitung.ch (Abb. 5).

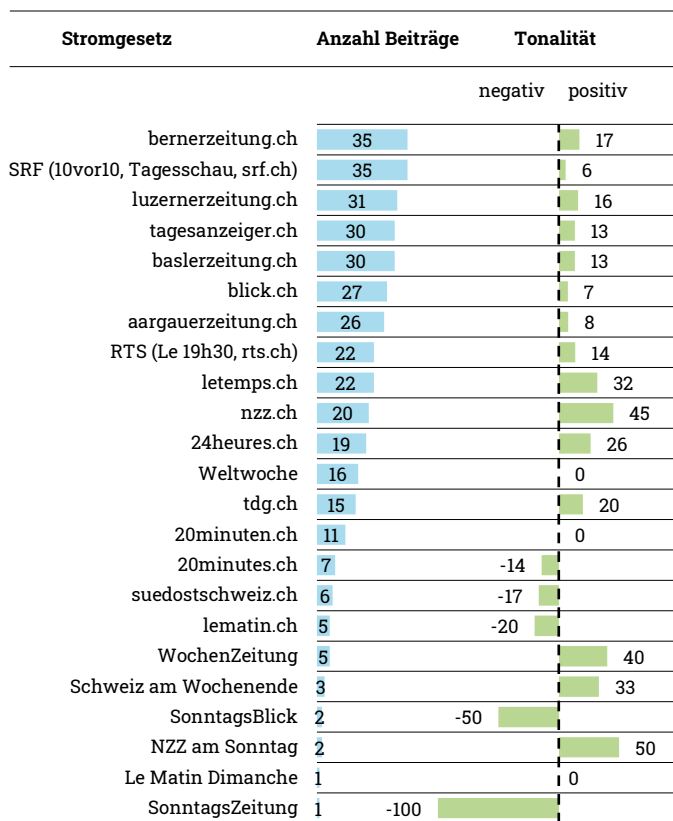


Abbildung 5: Resonanz und Tonalität – Stromgesetz

Die Darstellung zeigt pro Medium die Resonanz und die Tonalität der Beiträge über das Stromgesetz. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 371 Beiträge).

Positive Tonalität

Bei der Hälfte der untersuchten Medien fällt die Tonalität gegenüber dem Stromgesetz positiv aus, d.h. die Tonalitätswerte sind höher als +10 (Abb. 5). Besonders positiv (und intensiv) fällt die Berichterstattung bei nzz.ch (+45) und letemps.ch (+32) sowie den Tamedia-

Abonnementszeitungen der Suisse romande aus (+26 bzw. +20).

Bei einem Viertel ist die Tonalität ambivalent, d.h. die Tonalitätswerte bewegen sich zwischen +10 und -10. Hierzu gehört die Berichterstattung von SRF, bei denen sich Zustimmung und Ablehnung in etwa die Waage halten (+6), aber auch zum Beispiel blick.ch (+7) oder Weltwoche (0).

Rund ein Viertel der untersuchten Medien weist eine tendenziell negative Tonalität auf, darunter suedostschweiz.ch (-17). Gleichzeitig berichten solche Medien verhältnismässig wenig, weshalb die (negativen) Tonalitätswerte nur vorsichtig interpretiert werden sollten.

Fokus auf sichere Stromversorgung

Hinter der positiven Tonalität stehen viele Berichte, die auf die Stromversorgung der Schweiz fokussieren. Im Zentrum stehen Argumente, dass das Stromgesetz ein sinnvolles Instrument sei, den (angeblich wachsenden) Strombedarf der Schweiz zu sichern. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wie Windkraft, Solarenergie oder Wasserkraft erscheint vor diesem Hintergrund notwendig, gerade wenn in Zukunft keine Atom-Energie mehr zur Verfügung steht (z.B. nzz.ch, 6.5.24).

Der Fokus auf die Versorgungssicherheit bedeutet auch, dass der Klimawandel keine grosse Rolle spielt. Während bei früheren Vorlagen wie dem CO₂-Gesetz und dem Klimaschutzgesetz die Diskussion stark vom Klimawandel als Problem geprägt wurde, sind beim Stromgesetz Bezüge zum Klimawandel weitaus schwächer. Das mag Ausdruck einer Haltung sein, wonach der Ausstieg aus fossilen Energien Konsens ist. Aber es kann auch bedeuten, dass Klimaschutz-Massnahmen nicht mehr als allzu dringlich wahrgenommen werden.

In der Medienberichterstattung sind auch Gegen-Argumente vertreten. Anders als beim CO₂- und beim Klimaschutzgesetz spielen aber die Kosten nur am Rande eine Rolle. Stattdessen wird das Stromgesetz in erster Linie dafür kritisiert, dass es den Naturschutz gefährde: «Es ist widersinnig, Wälder und Bäume zu zerstören, um das Klima zu retten» (Weltwoche, 11.4.24). Auch werden Probleme angesprochen, die Windräder für Vögel verursachen könnten («Die toten Vögel vom Gotthard», Tamedia, 2.5.24) oder auch für Menschen («Der Anblick von Windparks stört mich stark», Tamedia, 8.5.24). Solche Argumente werden in den Medien in erster Linie von kleineren Naturschutz-Organisationen oder kleineren (lokalen) Bewegungen vorgebracht.

In zweiter Linie wird das Stromgesetz dafür kritisiert, dass es die demokratische Mitsprache von lokalen Gemeinden gefährde, und in dritter Linie dafür, dass es zu stark auf erneuerbare Energien setze, die nicht zuverlässig seien. Diese Argumente kommen vor allem von der SVP. SVP-Präsident Marcel Dettling wird in 20min.ch zitiert: «Letztlich werden die Rechte der Anwohner ausgehebelt für teuren Strom aus Wind und Solar, welcher nur produziert wird, wenn die Sonne scheint oder der Wind weht» (25.4.24).

Auch wenn in der Medienberichterstattung erneuerbare Energien wie Wind, Wasser und Solarenergie im Zentrum stehen, wird in den Medien die Atomenergie immer wieder angesprochen, und zwar kontrovers. Die Atomenergie ist deshalb nicht, anders als srf.ch argumentiert, «der Elefant, von dem niemand spricht» (srf.ch, 13.5.24). Vor allem in Medien der Deutschschweiz wird die Frage aufgeworfen, ob das Stromgesetz als weiteres Plädoyer für den Ausstieg aus AKWs verstanden werden kann oder ob das Stromgesetz wegen der geplanten Energiewende nicht eher sogar zu einem erhöhten Bedarf an Kernenergie führe. Diskutiert wird bereits, das AKW Beznau länger zu betreiben (Tamedia, 28.3.24) oder Frankreich beim Bau neuer AKWs finanziell zu unterstützen (Tamedia, 8.4.24). Ausserdem zeige eine Umfrage, dass eine Mehrheit der Schweizer:innen AKWs der neuen Generation wolle (Tamedia, 30.5.24); eine «Rückkehr zum Atomstrom» erscheint so wieder denkbar (blick.ch, 30.5.).

Konflikt innerhalb der SVP

Beim Stromgesetz zeigt sich gerade innerhalb der zwei resonanzstärksten Akteursgruppen ein Konflikt (Abb. 6). Die SVP (24%) kommt zwar öfter mit ablehnenden Voten zu Wort, aber die Akzeptanzwerte von -45 zeigen auch, dass die Partei nicht als «geeint» in den Medien vorkommt. Insbesondere der Fokus auf den Konflikt innerhalb der SVP dominiert den Beginn der «heissen Phase» des Abstimmungskampfs. Im Zwischenbericht des Abstimmungsmonitors war der Resonanz-Anteil der SVP noch bei 27% gelegen. In den letzten Wochen ist es um die SVP ruhiger geworden und die Partei bringt nun weniger Statements zum Stromgesetz ein.

Unterschiedliche Positionen beziehen auch zivilgesellschaftliche Akteur:innen (26%). In dieser Gruppe erhalten die offiziellen Referendums-Organisationen wie die Fondation Franz Weber recht breite Resonanz. Doch auch hier zeigen die Akzeptanzwerte von -44, dass es nicht nur Ablehnung gibt. So schalten sich u.a.

Stiftungen wie die Energiestiftung Schweiz mit Pro-Argumenten in die Diskussion ein. Alle anderen Akteursgruppen kommen mehrheitlich mit Pro-Positionen in den Medien vor, allen voran Bundesrat Albert Rösti (15%), daneben auch Unternehmen, vor allem aus der Energiebranche (8%).

Stromgesetz	Anteil Resonanz	Akzeptanz	
		negativ	positiv
Zivilgesellschaft	26%	-44	
SVP	24%	-45	
Bundesrat	15%		99
Wirtschaft / Unternehmen	8%		93
Wissenschaft / Expert:innen	7%		24
Grüne	4%		90
Die Mitte	3%		100
FDP	3%		64
Exekutive kantonal/regional	3%		77
SP	2%		82
nationale Behörden	2%		100

Abbildung 6: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Stromgesetz

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zum Stromgesetz Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz in Bezug auf die Vorlage. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 510 Aussagen).

Strom-, Klimaschutz- und CO2-Gesetz

Das Stromgesetz ist die dritte Abstimmung über Klimaschutzmassnahmen und Energiepolitik innerhalb von drei Jahren. Das CO2-Gesetz wurde trotz Zustimmung bei den meisten Parteien von der Stimmbevölkerung abgelehnt, das von der SVP bekämpfte Klimaschutzgesetz angenommen. Vor diesem Hintergrund interessiert, ob sich bei der Abstimmung über das Stromgesetz ähnliche Mechanismen wie damals zeigen.

Der Vergleich zeigt sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede (Abb. 7). Gemeinsamkeiten gibt es insofern, als mehrere Akteur:innen konsistent in ihrer Zustimmung bzw. in ihrer Ablehnung gegenüber den Behördenvorlagen sind. Das zeigen die Akzeptanzwerte, die sich bei vielen Akteur:innen hinsichtlich der drei Vorlagen nur wenig unterscheiden.

Gemeinsamkeiten gibt es auch insofern, als bei allen drei Vorlagen die SVP die resonanzstärkste Partei ist – und dies obwohl die Energiepolitik für die SVP laut SVP-Bundesrat Albert Röstli kein «Kernthema» ist (nzz.ch, 17.5.24). Bei der SVP zeigt sich zudem auch gleich ein auffallender Unterschied im Vergleich der Vorlagen. Während die SVP beim CO₂-Gesetz und beim Klimagesetz geeint erscheint (Akzeptanzwerte fast – 100), erscheint sie beim Stromgesetz in den Medien teilweise gespalten (–45), was wiederum in den Medien für hohe Aufmerksamkeit sorgt. Auch dass der Bundesrat von allen drei Vorlagen beim Stromgesetz medial am sichtbarsten ist, liegt am Konflikt innerhalb der SVP (beziehungsweise am Konflikt zwischen der SVP und ihrem Bundesrat).

Weitere Unterschiede zeigen sich darin, dass beim Stromgesetz die meisten Parteien auffallend wenig präsent sind, vor allem die FDP, ebenso Akteur:innen aus der Wirtschaft (die jedenfalls mittlerweile im Pro-Lager sind). Ebenfalls spielen beim Stromgesetz Stimmen aus der Wissenschaft fast keine Rolle – ganz anders als bei den früheren Klimavorlagen, bei denen Wissenschaftler:innen die Diskussion um Massnahmen gegen den Klimawandel mitgeprägt hatten. Nur Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft sind beim Stromgesetz präsenter als bei den anderen Vorlagen; dies liegt in erster Linie daran, dass zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem Natur- und Umweltschutzbereich gegen das Stromgesetz offiziell das Referendum ergriffen haben. Deshalb ist diese Akteursgruppe tendenziell im Nein-Lager.

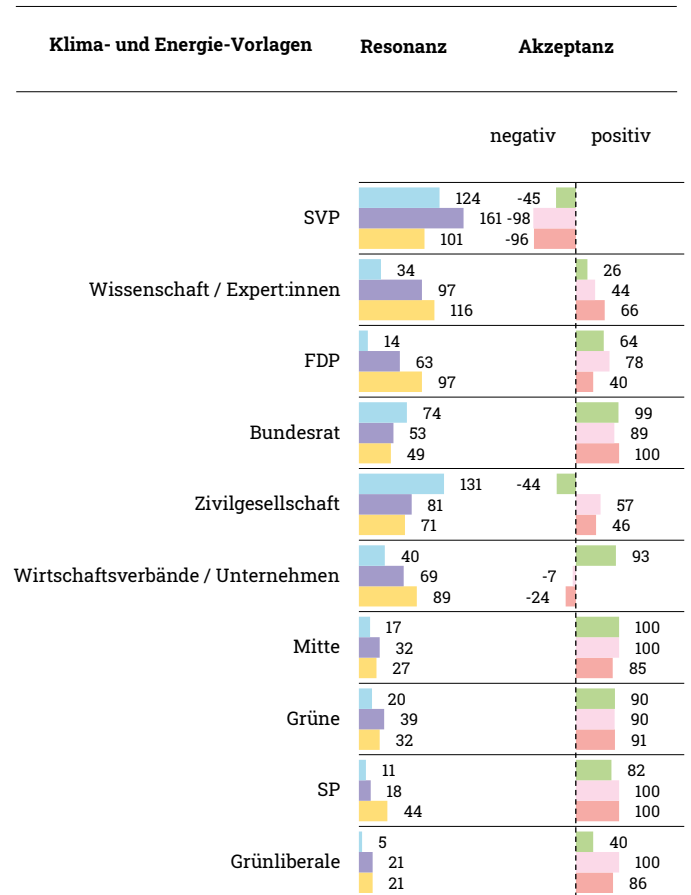


Abbildung 7: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Klima- und Energievorlagen

Die Abbildung zeigt die absolute Resonanz der bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zum Stromgesetz (hellblau) bzw. Klimaschutzgesetz (lila) bzw. CO₂-Gesetz (gelb) Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz in Bezug auf das Stromgesetz (grün) bzw. Klimaschutzgesetz (hellrosa) bzw. CO₂-Gesetz (dunkelrosa). Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 1'931 Aussagen)

Prämien-Entlastungs-Initiative

Die Prämien-Entlastungs-Initiative ist bei rund der Hälfte der untersuchten Medien diejenige Vorlage, die von den Vorlagen vom 9. Juni 2024 am meisten thematisiert wird. Auch im Vergleich zu den anderen Vorlagen berichten die Abonnementszeitungen von Tamedia in der Deutschschweiz und der Suisse romande relativ viel. Auch nzz.ch, SRF und blick.ch schenken dieser Initiative relativ viel Beachtung.

Tonalitätswerte haben einen Wert höher als +10 (Abb. 8). Pro-Argumente, wenn auch nicht klar dominierend, finden sich vor allem bei den Medien der Mantelredaktionen von Tamedia in der Deutschschweiz und der Suisse romande und – bei geringeren Fallzahlen – bei der WochenZeitung (+100).

Ein zweites Drittel der Medien zeigt eine ambivalente Tonalität (Werte zwischen -10 und +10), zum Beispiel blick.ch (+3) und SRF (-4), und ein weiteres Drittel eine negative Tonalität (Werte geringer als -10), besonders in den Medien von CH Media (z.B. luzernerzeitung.ch, -27), auf nzz.ch (-52) und letemps.ch (-27).

Eine in der Summe ambivalente Tonalität bei Volksinitiativen ist zwar nicht ungewöhnlich, aber auch nicht der Normalfall, da Volksinitiativen in der Regel stärker auf Widerspruch stossen.

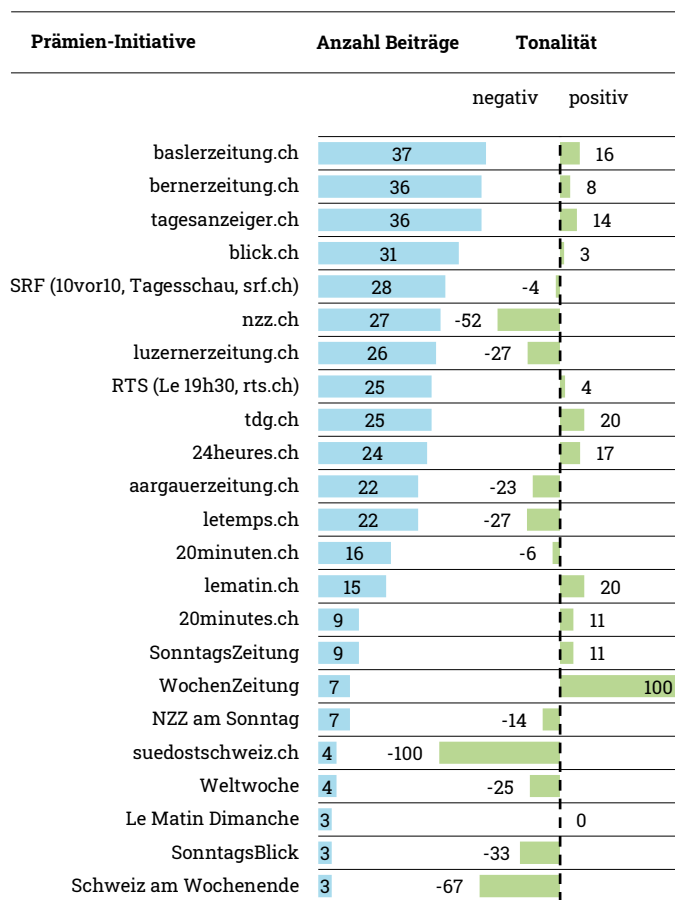


Abbildung 8: Resonanz und Tonalität – Prämien-Entlastungs-Initiative

Die Darstellung zeigt pro Medium die Resonanz und die Tonalität der Beiträge über die Prämien-Entlastungs-Initiative. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 419 Beiträge).

Unterschiedliche Tonalität

Die Tonalität unterscheidet sich relativ stark zwischen den Medientiteln. Bei rund einem Drittel fällt die Tonalität gegenüber der Initiative positiv aus, d.h. die

Problemdruck oder (hohe) Kosten

In der Medienberichterstattung lassen sich immer wieder zwei gegensätzliche Beschreibungen und Argumente finden. Auf der einen Seite gibt es viele Beiträge, die den «Problemdruck» betonen: Die steigenden Krankenkassenprämien gelten als Belastung für viele Menschen in der Schweiz und ein weiterer, scheinbar zwangsläufiger Anstieg der Prämien wird mehrheitlich erwartet. Solche Perspektiven sind zu Beginn des Abstimmungskampfs oft sichtbar und dann wieder gegen Ende des Abstimmungskampfs. Zum Beispiel wird in Beiträgen darauf hingewiesen, dass der Vergleichsdienst Comparis auch für 2025 einen Anstieg der Krankenkassen-Prämien prognostiziert (lematin.ch, 23.5.24). Medien fragen sich deshalb auch: «Erste Prämien knacken 10'000 Franken – bald normal?» (20minuten.ch, 2.6.24). Einige Beiträge weisen zudem auch darauf hin, dass das Instrument der Prämien-Deckelung in einigen Kantonen bereits existiert und relativ erfolgreich funktioniert.

Auf der anderen Seite liegt bei vielen Medienbeiträgen der Schwerpunkt bei den finanziellen Kosten der Initiative respektive dem «Streit um die Finanzierung» (CH Media, 10.5.24). «Trop cher», findet zum Beispiel Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider; nzz.ch kritisiert «die nächste milliardenteure Volksinitiative, die zu Steuererhöhungen zwingt» (nzz.ch, 5.4.24). Auch dass die Höhe der Kosten nicht immer klar benannt werden kann und wer letztlich dafür aufkommen soll, wird kritisiert: «Das Volk stimmt über Milliarden ab, ohne die Folgen zu kennen» (Tamedia, 5.4.24). Das prominente Kosten-Argument wird dabei immer wieder mit der Initiative für eine 13. AHV-Rente verknüpft, die im

Februar 2024 (überraschend) angenommen wurde. Gegner:innen weisen darauf hin, dass die Prämien-Entlastungs-Initiative auch gerade deshalb problematisch sei, weil die Schweiz bereits viel Geld ausgeben müsse für die 13. AHV-Rente.

Die argumentative Verbindung mit der AHV-Rente zeigt sich zusätzlich in einer Art «Meta-Berichterstattung». Von Beginn an fragen sich die Medien, inwiefern die Prämien-Entlastungs-Initiative Ähnlichkeiten mit der Initiative für eine 13. AHV-Rente aufweist, also ob zum Beispiel die Linke wieder einen «historischen» Erfolg feiern werde, ob die SVP-Wähler:innen sich wieder gegen die Partei stellen würden etc.

Auch bei der Prämien-Entlastungs-Initiative rückt die Frage ins Zentrum, wer tatsächlich am meisten von der Initiative profitiert (blick.ch, 23.4.24). Die Mantelredaktionen von Tamedia stellen zu dieser Frage einen Online-Rechner zur Verfügung (Tamedia in der Deutschschweiz und Suisse romande, 18.5.24). Neben dem Nutzen für bestimmte Personen und Personengruppen wird auch die Frage diskutiert, welchen Nutzen (oder «Schaden») die verschiedenen Kantone haben. Hier werden kritisch Fragen der Solidarität und Umverteilung aufgeworfen, denn der Tenor ist: die «reichen Kantone (...) kassieren am meisten» (Tamedia, 4.5.24) – «müssen zukünftig Zuger und Appenzeller für Genfer und Basler bezahlen?» (nzz.ch, 10.5.24).

Links-rechts-Konflikt

In den Medien ergibt sich bei der Prämien-Entlastungs-Initiative das Bild eines typischen Links-Rechts-Konflikts (Abb. 9). SP (29%) und Gewerkschaften (8%) vertreten medial das Pro-Lager, während in den Medien neben dem Bundesrat (7%) auch Vertreter:innen der rechtsbürgerlichen Parteien FDP (13%) und SVP (7%) geschlossen mit Nein-Argumenten präsent sind und auch Stimmen aus der Wirtschaft, inklusive Krankenkassen (3%), eher kritisch sind. Anders als bei der sozialpolitischen Initiative für eine 13. AHV-Rente, als bei der SVP prominent ein «Elite-Basis»-Gegensatz geschildert wurde, findet eine solche Darstellung der SVP bei dieser SP-Initiative nicht statt.

Uneinheitlich ist die Tonalität bei anderen Akteur:innen. Sie fällt eher ambivalent und damit nicht einheitlich aus, so bei der Mitte (0), deren Volksinitiative ebenfalls im Juni 2024 zur Abstimmung gelangt, und Verbänden (v.a. Ärzteverbänden) (-7). Solche ambivalenten Positionen prägen aber die Diskussion insgesamt nicht.

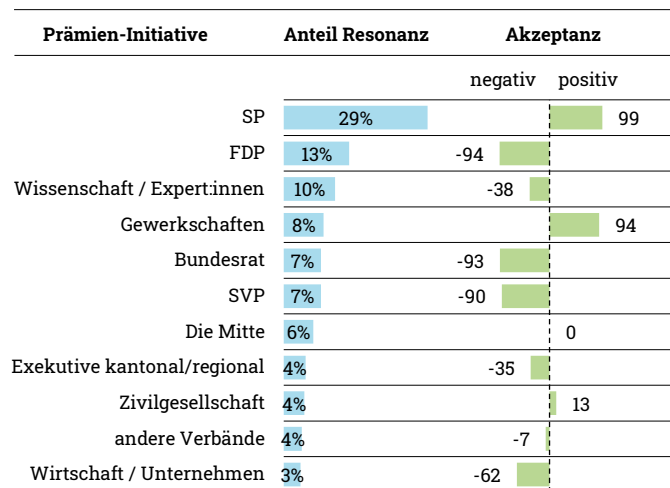


Abbildung 9: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Prämien-Entlastungs-Initiative

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zur Prämien-Entlastungs-Initiative Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz in Bezug auf die Vorlage. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 388 Aussagen).

Kostenbremse-Initiative

Bei fast allen Medien wird die Kostenbremse-Initiative weniger beachtet als die Prämien-Entlastungs-Initiative. Gerade Deutschschweizer Medien von Tamedia oder blick.ch, aber auch RTS fokussieren stärker auf die SP-Initiative. Absolut gesehen, berichten SRF und (trotzdem) die grösseren Abonnementsmedien aus der Deutschschweiz und der Suisse romande neben blick.ch am meisten.

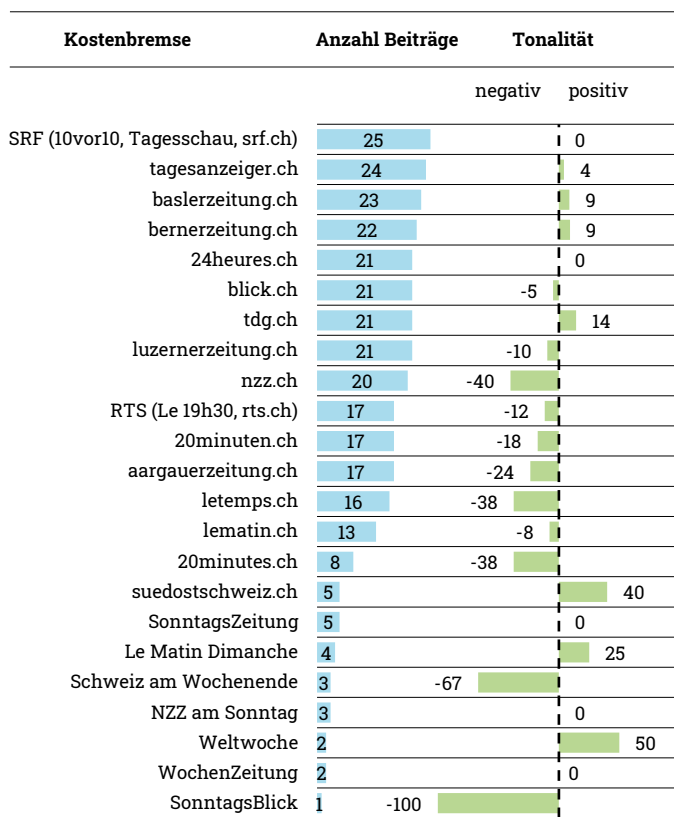


Abbildung 10: Resonanz und Tonalität – Kostenbremse-Initiative

Die Darstellung zeigt pro Medium die Resonanz und die Tonalität der Beiträge über die Kostenbremse-Initiative. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 309 Beiträge).

Ambivalente oder negative Tonalität

Etwas weniger als die Hälfte der untersuchten Medien zeigt eine ambivalente Tonalität gegenüber der Kostenbremse-Initiative, d.h. Zusppruch und Ablehnung halten sich ungefähr die Waage (Werte zwischen -10 und +10) (Abb. 10). Dies trifft vor allem auf diejenigen

Medien zu, die am intensivsten über die Initiative berichten – darunter SRF (0), die Titel der Tamedia-Mantelredaktionen in der Deutschschweiz und in der Suisse romande und auch blick.ch (-5).

Bei rund einem Drittel der Medien fällt die Tonalität negativ aus, d.h. die Tonalitätswerte sind tiefer als -10. Besonders kritisch ist die Berichterstattung in nzz.ch (-40) und letemps.ch (-38). Eine positivere Tonalität (Werte > +10) haben neben tdg.ch (+14) auch einige Medien, die relativ selten über die Vorlagen berichten (z.B. suedostschweiz.ch).

Generell zeigt sich in der Berichterstattung, dass die redaktionellen Kommentare für die Kostenbremse-Initiative positiver sind (+36) als der Rest der Berichterstattung. 24heures.ch zum Beispiel schreibt: Auch wenn die Kostenbremse-Initiative Mängel habe, so sei sie ein wichtiges Druckmittel, damit das Parlament die Sorgen der Bevölkerung um die steigenden Gesundheitskosten endlich ernster nehme als die Interessen der Lobbys im Gesundheitssystem (31.5.24). Vor allem in Interviews wird hingegen Kritik an der Initiative geäussert (-24), unter anderen von der Präsidentin des Ärzteverbandes und der Präsidentin des Berufsverbandes der Pflegefachleute.

Problemdruck oder Abbau der Leistungen

Wie in der Medienberichterstattung über die Prämien-Entlastungs-Initiative lassen sich immer wieder zwei gegensätzliche Beschreibungen und Argumente finden. Auf der einen Seite gibt es Beiträge, die auf den Problemdruck mit den steigenden Gesundheitskosten hinweisen, an denen unter anderem verschiedene Lobbys Schuld seien. Die Initiative gilt hier als starkes Signal, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten (z.B. 24heures.ch, 15.4.24). Auch gibt es vereinzelt die Wahrnehmung, die Initiative könnte den notwendigen Druck auf die Politik ausüben und gleich mehrere Probleme angehen: «Übermässiger Leistungsbezug, Abzockerlöhne für Krankenkassendirektoren, die Auswüchse der freien Arztwahl, die zu hohe Spitaldichte und die in manchen Fällen zu tiefe Franchise» (Tamedia, 28.4.24).

Auf der anderen Seite gibt es in den Medien auch Raum für Argumente, wonach die Initiative zu einem Abbau von Leistungen führen werde. Denn wenn im Gesundheitssystem wegen der Deckelung der Kosten gespart werden müsste, dann könnten Patient:innen nicht mehr alle Leistungen beziehen (z.B. WoZ, 9.5.24). Stimmen aus der Ärzteschaft warnen vor einer «Zweiklassenmedizin» (z.B. blick.ch, 15.4.24).

Daneben gibt es auch Medien, die die Problemdiagnose der Initianten (steigende Gesundheitskosten) nicht teilen oder die hohen Kosten angesichts der hohen Qualität des Gesundheitssystems für gerechtfertigt halten. Zudem: «die Steigerungen der Gesundheitskosten fallen nicht vom Himmel, sondern haben damit zu tun, dass sich die Konsumenten am Buffet à discrétion bedienen» (nzz.ch, 22.4.24) – ähnlich auch SonntagsBlick («Selbstbedienungsladen Gesundheitswesen», 5.5.24).

Unklares Bild

Das mediale Bild bei der Kostenbremse-Initiative ist unklar (Abb. 11). Zwar kommen – wie bei einer Volksinitiative zu erwarten – die Initianten (Die Mitte) am meisten zu Wort (22%) und stossen auf Kritik beim Bundesrat (8%) und bei mehreren Parteien, hier vor allem bei der FDP (12%).

Unklar wird das Bild aber dadurch, dass sich einerseits gesundheitspolitische Verbände wie Ärzteverbände resonanzstark gegen die Initiative aussprechen (13%), andererseits Krankenkassen und Unternehmen (6%) in der Summe mit ambivalenten Voten vorkommen. Zudem kommen SP (9%) und Gewerkschaften (5%) sowohl mit Pro- als auch mit Kontra-Argumenten vor. Dies unterstreicht vermutlich die Schwierigkeit für das linke Lager, dass die Volksinitiative der Mitte sowohl als Konkurrenz zur eigenen Initiative als auch als Verbündete gesehen werden könnte.

Kostenbremse-Initiative	Anteil Resonanz	Akzeptanz	
		negativ	positiv
Die Mitte	22%		97
Verbände (v.a. Ärzteverbände)	13%	-95	
FDP	12%	-92	
SP	9%		18
Bundesrat	8%	-77	
Wissenschaft / Expert:innen	6%	-40	
Wirtschaft / Unternehmen	6%		11
nationale Behörden	5%		12
Gewerkschaften	5%		13
SVP	4%	-79	
Zivilgesellschaft	3%	-70	
Grünliberale	3%	-100	

Abbildung 11: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Kostenbremse-Initiative

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zur Kostenbremse-Initiative Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz in Bezug auf die Vorlage. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 313 Aussagen).

Stopp-Impfpflicht-Initiative

Die Stopp-Impfpflicht-Initiative findet in den Medien kaum Resonanz. Noch am meisten berichten SRF und RTS – möglicherweise ein Resultat davon, dass die SRG auch bezüglich Resonanz eine gewisse Ausgewogenheit anzielt und deshalb allen Vorlagen eine Mindestbeachtung garantieren will. Dazu passt, dass auch die Initianten bei SRF und RTS mehr Aufmerksamkeit erhalten als in anderen Medien.

Stopp-Impfpflicht-Initiative	Anzahl Beiträge	Tonalität	
		negativ	positiv
SRF (10vor10, Tagesschau, srf.ch)	13	-15	
RTS (Le 19h30, rts.ch)	11		9
20minuten.ch	7	-29	
nzz.ch	7	-29	
luzernerzeitung.ch	6		0
letemps.ch	6	-17	
blick.ch	6	-33	
baslerzeitung.ch	5	-20	
bernerzeitung.ch	5	-20	
tagesanzeiger.ch	5	-20	
aargauerzeitung.ch	5		0
lematin.ch	5	-20	
20minutes.ch	3		0
tdg.ch	2		50
24heures.ch	2		50
Weltwoche	1		100
suedostschweiz.ch	1	-100	
WochenZeitung	1		0
NZZ am Sonntag	1		0
SonntagsZeitung	0		
Le Matin Dimanche	0		
Schweiz am Wochenende	0		
SonntagsBlick	0		

Abbildung 12: Resonanz und Tonalität – Stopp-Impfpflicht-Initiative

Die Darstellung zeigt pro Medium die Resonanz und die Tonalität der Beiträge über die Stopp-Impfpflicht-Initiative. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 92 Beiträge).

Bei vielen Medien hingegen beschränkt sich die Medienberichterstattung auf ein Minimal-Programm, bei dem neben dem Vermelden der Umfrage-Resultate nur kurz und knapp eine Übersicht gegeben wird, worum es in der Initiative geht (z.B. 20minutes.ch). Interviews finden sich praktisch nicht und auch Kommentare und Leitartikel zur Initiative sind sehr selten. Dies unterstreicht zum einen, dass die Pro- und Kontra-

Kampagnen kaum intensiv sind, und dass die Medien der Vorlage wenig Bedeutung beimessen. Dazu passt, dass Sonntagsmedien überhaupt nicht berichten. Solche Medien, die sich besonders mit (exklusiven) Interviews, Portraits und Reportagen profilieren wollen, scheinen bei dieser Initiative kaum Material zu finden oder schätzen die Brisanz als gering ein.

Interessanterweise ist die geringe Resonanz bei den Medien wiederum selbst ein Thema. Die Medien registrieren also durchaus, dass mit der Stopp-Impfpflicht-Initiative «eine weitere Vorlage an die Urne [kommt], über die kaum jemand spricht» (blick.ch, 27.3.24) bzw. die «kaum jemand auf dem Radar [hat]» (20min.ch, 23.3.24). Doch auch wenn die Medien diese schwache Resonanz registrieren, führt dies nicht dazu, dass die Medien diese Aufmerksamkeit selbst erhöhen.

Tendenziell negative Tonalität bei den Medien

Bei den meisten Medien ist die Thematisierung so gering, dass die Tonalitätswerte kaum oder nur sehr vorsichtig interpretiert werden sollten. Diejenigen Medien, die der Initiative eine gewisse Mindestbeachtung schenken, berichten tendenziell eher kritisch. Dazu gehören Medien, die auch in Kommentaren die Initiative zur Ablehnung empfehlen (z.B. nzz.ch oder Tamedia). Auch wenn der Initiative attestiert wird, dass sie die Balance zwischen Gesundheitsschutz und Menschenrechten anspricht, und auch wenn sie «offen [lege], wie unkritisch der Bundesrat und seine Technokraten noch heute gegenüber den Corona-Massnahmen sind», so schieße die Initiative «über das Ziel hinaus» (nzz.ch, 14.5.24). Ausserdem sei sie schlicht nicht notwendig, denn der Schutz der körperlichen Unversehrtheit stehe bereits in der Verfassung (Tamedia, 18.5.24). Auch die wenigen Berichte darüber, dass Initiative-Befürworter ein Video einer bekannten Politikerin manipulieren und ungefragt für eigene Zwecke einsetzen, führen zu einer negativen Tonalität. Insgesamt reflektiert ~~aber~~ die tendenziell negative Tonalität ~~aber~~ schlicht die Tatsache, dass sich die meisten Akteur:innen und Parteien klar gegen die Initiative aussprechen.

Schwache Mobilisierung bei Stopp-Impfpflicht-Initiative

Die Stopp-Impfpflicht-Initiative erhält insgesamt sehr schwache Resonanz. Zwar sind Teile der Zivilgesellschaft in Form von impfkritischen Kreisen medial präsenter (30%) als viele andere Akteur:innen (Abb. 13).

Doch angesichts dieser schwachen Resonanz kann nicht von einer grossen Mobilisierung gesprochen werden – ganz anders als damals die Mobilisierung gegen das Covid-19-Gesetz im November 2021 (vgl. auch Abb. 1). Zuspruch erhalten die Initianten zwar von der wählerstärksten Partei SVP, doch fällt die Resonanz der SVP (10%) in absoluten Zahlen verhalten aus.

Wenn überhaupt Akteur:innen bei dieser Initiative in den Medien vorkommen, positionieren sich die meisten mit klar ablehnenden Voten – allen voran die SP (13%), der Bundesrat (13%) und die Grünliberalen (9%).

Die wenigen Expert:innen und Wissenschaftler:innen, die sich zur Initiative äussern (6%), kommen nicht mit sachpolitischen Bewertungen zur Initiative zur Wort, sondern ordnen zum Beispiel Umfrage-Ergebnisse zur Meinungsbildung ein.

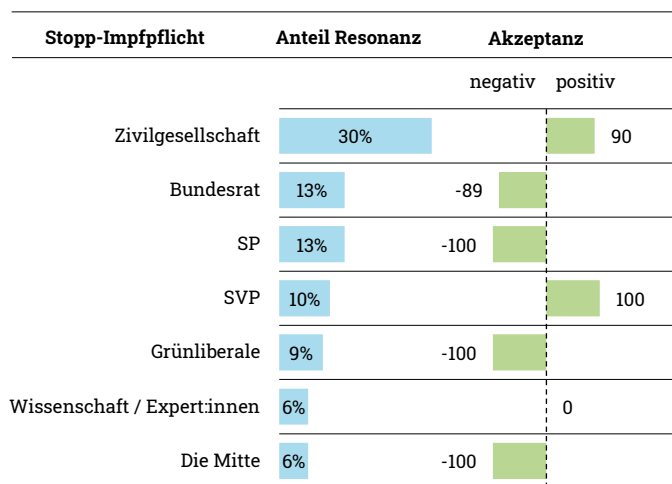


Abbildung 13: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Stopp-Impfpflicht-Initiative

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zur Stopp-Impfpflicht-Initiative Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz in Bezug auf die Vorlage. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 69 Aussagen).

Methode

Auswahl der Beiträge

Erfasst werden alle redaktionellen Beiträge, die sich zentral mit den Abstimmungsvorlagen auf nationaler Ebene auseinandersetzen und im Zeitraum vom 18. März 2024 bis 2. Juni 2024 erschienen sind. Es werden 904 verschiedene Medienbeiträge erfasst, wobei in einem Beitrag vier Vorlagen gleichzeitig angesprochen werden können (Stromgesetz: n = 371; Prämien-Entlassungs-Initiative: n = 419; Kostenbremse-Initiative: n = 311; Stopp-Impfpflicht-Initiative: n = 92). 77% der Beiträge thematisieren jeweils eine Vorlage, 23% zwei Vorlagen oder mehr. Unbearbeitete Agenturmeldungen und Kurzformen (z.B. «In Kürze») werden nicht berücksichtigt.

Tonalität der Beiträge

Die Akzeptanz gegenüber den Abstimmungsvorlagen wird über die Tonalität gemessen, die sich im Artikel insgesamt beobachten lässt. Dabei wird zwischen einer «positiven», einer «negativen», einer «kontroversen (ambivalenten)» und einer «neutralen» Tonalität unterschieden. «Neutral» bedeutet nicht, dass die Medien «neutral» im Sinne von «ausgewogen» in einem Beitrag sowohl Pro- als auch Kontra-Akteuren Resonanz erteilen (= «kontrovers»), sondern bezeichnet Beiträge, in denen keine Argumente vermittelt werden (z.B. Deskription von Umfrageergebnissen) und/oder in denen Zusatzinformationen geliefert werden, deren Tonalität gegenüber der Vorlage unklar ist (z.B. deskriptive Auflistung der gesetzlichen Regelungen in Nachbarstaaten). In stärkster Form zeigt sich die Tonalität bei Aussagen, die explizit eine Abstimmungsempfehlung beinhalten. Daneben zeigt sich die Tonalität aber auch bei Aussagen

- zur «Grundproblematik» einer Vorlage (z.B. Beiträge, die auf die Abhängigkeit von ausländischem Strom hinweisen – «positiv» bei Stromgesetz);
- zur Zweckmässigkeit oder Legitimität der Massnahmen, die mit der Vorlage verbunden sind (z.B. Bericht darüber, dass das Stromgesetz die Biodiversität gefährde – «negativ» bei Stromgesetz);
- zur sozialen Reputation von Kampagnen-Akteuren (z.B. Vorwurf, Akteur:innen würden ohne Einverständnis Video-Clips verbreiten) – «negativ» bei Stopp-Impfpflicht-Initiative);
- zur funktionalen Reputation von Kampagnen-Akteuren (z.B. Lob für wirksame Kampagnen-

Führung der Befürworter:innen – «positiv» bei Stromgesetz)

- bei zugespitzten Aussagen über die Akzeptanz der Vorlagen gemessen an Meinungsumfragen, mit Thematisierung der Auswirkungen auf die Kampagnenführung und die Erfolgchancen (z.B. «XY erleidet Schiffbruch und Befürworter sind nervös» – «negativ» bei Kostenbremse-Initiative).

Der Tonalitäts-Wert, der sich zwischen -100 und +100 bewegen kann, wird wie folgt berechnet: (Anzahl Beiträge mit positiver Tonalität minus Anzahl Beiträge mit negativer Tonalität) geteilt durch Anzahl alle Beiträge multipliziert mit 100.

Für jeden Beitrag wird bestimmt, ob die Tonalität primär über die Medien selbst bestimmt wird («Medium»), primär über Akteure, die in den Medien zu Wort kommen («Akteure»), oder mehr oder minder gleichgewichtet durch Medien und Akteure («Medium und Akteure»). Eine medienbestimmte Tonalität lässt sich in stärkster Form in Kommentaren und Leitartikeln erkennen, aber auch bei (Hintergrund-)Berichten, bei denen das Medium Bewertungen einspeist («Medium»). Dazu gehören sowohl explizite Positionierungen des Mediums (explizite Empfehlung, eine Vorlage an- oder abzulehnen) als auch implizite Positionierungen (z.B. Bestätigung der Grundproblematik einer Initiative). Daneben erfassen wir diejenigen Fälle, in denen zwar Akteure ihre Positionen einspeisen, die Medien aber diese Akteure und/oder Positionen ebenfalls prominent bewerten («Medium und Akteure»). Fälle einer primär akteursbestimmten Tonalität sind Gastbeiträge von Akteuren, Interviews und «vermeldende» Berichte über die Stellungnahmen von Akteuren («Akteure»).

Akteur:innen und Akzeptanz

Für jeden Beitrag und pro Vorlage werden die maximal drei resonanzstärksten Akteure sowie deren Positionierung gegenüber der Vorlage bestimmt (Akzeptanz). Für die Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni 2024 werden auf diese Weise 1280 Aussagen erfasst. Der Akzeptanz-Wert, der sich zwischen -100 und +100 bewegen kann, wird wie folgt berechnet: (Anzahl Aussagen Akteur A mit positiver Positionierung minus Anzahl Aussagen Akteur A mit negativer Positionierung) geteilt durch Anzahl aller Aussagen Akteur A multipliziert mit 100. In den Grafiken werden jeweils nur die wichtigsten Akteursgruppen dargestellt; daher ergeben die

Prozentwerte (Resonanz) der dargestellten Akteure aufsummiert nicht 100%.

Mediensample

Das Mediensample besteht aus 14 Newssites (Online-Auftritten) von Zeitungen, 7 Sonntags- resp. Magazintiteln (Print) und 5 Titeln der SRG aus der Deutschschweiz und der Suisse romande, die jeweils als SRF resp. RTS zusammengefasst werden. Weil das Mediensample seit Sommer 2018 vor allem Newssites statt gedruckten Zeitungen umfasst, sind die Resultate nicht direkt vergleichbar mit den Resultaten des Abstimmungsmonitors zu den Vorlagen von März 2013 bis Juni 2018. Sie sind mehrheitlich vergleichbar mit den einzelnen Berichten seit September 2018 – mit Ausnahme, dass in der Zwischenzeit der früher erfasste blickamabend.ch eingestellt wurde und dass für die Vorlagen seit März 2024 auch die WOZ erfasst wird. Abbildung 1 in diesem Bericht umfasst jedoch bereits ein bereinigtes Sample mit direkter Vergleichbarkeit ab 2018 (d.h. durchgehend mit WOZ und ohne blickamabend.ch).

Newssites Abonnement: 24 heures, Aargauer Zeitung, Basler Zeitung, Berner Zeitung, Le Temps, Luzerner Zeitung, Neue Zürcher Zeitung, Südostschweiz, Tages-Anzeiger, Tribune de Genève

Newssites Boulevard- und Pendlermedien: 20 Minuten, 20 minutes, Blick, Le Matin

Sonntagszeitungen / Magazine (Print): Le Matin Dimanche, NZZ am Sonntag, SonntagsBlick, Sonntags-Zeitung, Schweiz am Wochenende, Weltwoche, Wochenzeitung (WOZ)

Titel SRG: SRF: 10vor10, srf.ch/news (Online), Tagesschau; RTS: Le 19h30 (Journal), rts.ch/info (Online)

Analysen

Die einzelnen Zwischen- und Schlussberichte zu den jeweiligen Volksabstimmungen können [hier](#) heruntergeladen werden.

Die jüngste vergleichende Analyse von 44 Abstimmungsvorlagen (2018-2023), die u.a. die politische Positionierung der Medien untersucht, kann [hier](#) heruntergeladen werden.